

BÜCHER

SOZIALPARTNERSCHAFT UND EU

Rezension von: Ferdinand Karlhofer,
Emmerich Tálos, Sozialpartnerschaft
und EU, Schriftenreihe des Zentrums
für angewandte Politikforschung,
Band 9, Signum Verlag,
Wien 1996, 226 Seiten, öS 278,-.

Vor drei Jahren erschien das Buch „Sozialpartnerschaft – Kontinuität und Wandel eines Modells“, herausgegeben vom Politologen Emmerich Tálos (Rezension in *Wirtschaft und Gesellschaft* 4/93). In diesem Band wurde ausführlich auf historischen Hintergrund, geänderte Rahmenbedingungen sowie aktuelle und zukünftige Herausforderungen für das System der österreichischen Sozialpartnerschaft eingegangen. Die seither gravierendste Änderung dieser Rahmenbedingungen war wohl der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Zu eben diesem Aspekt ist nun der vorliegende Band von Karlhofer und Tálos erschienen, der quasi als Aktualisierung und Ergänzung betrachtet werden kann.

Die Sozialpartnerschaft leidet traditionell nicht gerade an einem Mangel an Kritikern und Literatur (auch in der Sozial- und Politikwissenschaft – nachzulesen u. a. in der oben angeführten Rezension), die diese Institution krankjammern oder gar totsagen. Nun kommt dazu mit dem EU-Beitritt noch der Übergang vieler rechtlicher, ökonomischer und politischer Gestaltungskompetenzen auf die supranationale Ebene, ohne daß sich auf dieser Ebene Strukturen abzeichnen, die eine

annähernde Ähnlichkeit (und vor allem Wirksamkeit) mit dem österreichischen System der Interessenkonzertierung aufweisen („der sogenannte ‚soziale Dialog‘ . . . gilt vielen als kaum mehr als eine Arabeske der europäischen Architektur“ – S. 9). Karlhofer und Tálos gehen somit den Fragen nach, ob die auf den ersten Blick naheliegende Vermutung eines Bedeutungsverlustes der Sozialpartnerschaft zutrifft, was an nationaler Gestaltungsautonomie erhalten bleibt und wie die Sozialpartner in den neuartigen Entscheidungsstrukturen eingebunden sind. Abschließend entwickeln (und bewerten) sie drei Zukunftsszenarien für die Entwicklung der österreichischen Sozialpartnerschaft.

In Teil I des Buches („Verbände – Sozialpartnerschaft in Österreich“) ist im wesentlichen eine Zusammenfassung des einleitend angeführten Tálos-Buches zu finden, also eine Darstellung der Geschichte, der Institutionen, der Politikfelder und der Änderungen der Rahmenbedingungen der Sozialpartnerschaft. Kleine technische Ungenauigkeiten (z. B.: Gründungsjahr des Lohnunterausschusses 1962 statt 1957 in Schaubild auf S. 30; geänderte Funktionsweise der Paritätischen Kommission seit neuem Sozialpartnerabkommen von 1992: diese wurde von einer „Abstimmungsmaschinerie“ zum Diskussionsforum, das die frühere „Wirtschaftspolitische Aussprache“ ersetzt) stören dabei nicht substantiell.

Die interessante Ergänzung stellt das dritte Kapitel dar, das detailliert den Prozeß der Meinungsbildung in den Sozialpartner-Institutionen zur Frage der EU-Mitgliedschaft nachvollzieht und die Rolle der Sozialpartner als Katalysator in der Beitrittsfrage

ge herausarbeitet. Die auch von anderen Seiten des öfteren geäußerte Verwunderung darüber, daß sich die Sozialpartner vehement für einen Schritt stark machten, der mit großer Wahrscheinlichkeit ihren Einfluß reduziert, klingt auch bei Karlhofer und Tálos an, wenn sie von einer „... Politik des kalkulierten Terrainverlustes, dem durchaus auch ein Terraingewinn gegenübersteht...“ (S. 9), sprechen. Die These, daß die Sozialpartner schlicht und einfach das österreichische Gesamtinteresse über gruppen- oder verbandsindividuelle Interessen stellten, wozu sie eben gerade durch das System der umfassenden Repräsentation in der Lage sind, dürfte den Autoren aber zu gewagt erschienen sein. Tatsache ist es jedenfalls, daß sich die Sozialpartner in der Vergangenheit immer wieder zur weiteren Integration bekannten und diese initiativ unterstützten (Details dazu sind in der Sozialpartnerstellungnahme „Österreich und die Europäische Integration“ vom 1. März 1989 nachzulesen).

Teil II („Organisierte Interessen - Interessenvermittlung - politische Regulierung in der EU“) befaßt sich mit der Organisation und Durchsetzung von Verbandsinteressen auf europäischer Ebene. Dargestellt werden die europäischen Dachverbände und ihre Probleme wie Repräsentationsgrad, interner Interessenausgleich und Möglichkeiten der Durchsetzbarkeit supranationaler Vereinbarungen auf nationaler Ebene. Interessant dabei ist u. a. die Problematik der WKÖ, die – im Gegensatz zum VÖI – durch die gesetzliche Mitgliedschaft nicht im europäischen Industrie-Dachverband (UNICE) vertreten ist, und die sich auch durch ihre Doppelrolle als Arbeitgeberverband und Produzentenverband von der Struktur einiger anderer nationaler Unternehmerverbände unterscheidet.

Ausführlich wird auch das Thema „Lobbying“ definiert und beschrieben. Eindrucksvoll wird die Vielfältig-

keit der Optionen und Strategien, um nationalen Verbandsinteressen in Brüssel Gehör zu verschaffen, aufgezeigt und systematisiert. Anhand einiger (nationaler) Fallbeispiele werden dann Gründe und Motive für die Wahl bestimmter „Routen“ dargestellt. Daß dabei „... das ‚in Brüssel‘ praktizierte Lobbying nicht in seiner Gesamtheit mit dem Etikett *Pluralismus* zu versehen...“ ist (S. 77), stellt noch eine milde Formulierung dar (zur Problematik konzertierter Interessenvertretung versus Lobbying und den hochinteressanten demokratiepolitischen Implikationen sei hier der Hinweis auf P. Gerlich, „Interessensysteme und Politik - Versuch einer Evaluierung“, erschienen in: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“, Band 55, AK Wien 1995, gestattet). Abgerundet wird dieser Teil durch die Beschreibung des mühsamen Prozesses des supranationalen „Sozialen Dialoges“ anhand der Diskussionen und der Verhandlungen über den Euro-Betriebsrat und europäische Kollektivverträge.

In Teil III („Sozialpartnerschaft und Interessenvermittlung seit dem Beitritt“) wird der Versuch einer Darstellung unternommen, wie die Einbindung der österreichischen Sozialpartner auf den verschiedensten Politikerebenen unter der Bedingung der EU-Mitgliedschaft tatsächlich erfolgt: auf nationaler Ebene mittels formeller und informeller Kontakte mit Fachressorts, Regierung, Parlament und auch untereinander; auf europäischer Ebene durch europäische Dachverbände, Vertretung in Gremien und Ausschüssen etc. Die Autoren führten – vor allem zu diesem Teil des Buches – sinnvollerweise zahlreiche Interviews mit Praktikern, um die in Teil II beschriebenen komplexen Wege der Interessenvermittlung mit Leben zu füllen.

Eine Stärke des Buches, nämlich rasch nach dem Beitritt erschienen zu sein und damit rechtzeitig wertvolle Informationen zu liefern, erweist sich

in diesem Abschnitt (in der Natur der Sache liegend und somit ohne Versäumnis der Autoren!) als kleiner Nachteil. Denn vielfach festigen sich Informations- und Kommunikationsstrukturen erst jetzt, nach mehr als einem Jahr der EU-Mitgliedschaft, in dem viele der Beteiligten schlicht und einfach von der geänderten Situation überfordert waren. So wird beispielsweise im vorliegenden Buch die Bedeutung der Coreper-Vorbereitung etwas überschätzt, denn für diese besteht eine formale, leicht nachvollziehbare Struktur. Für die Einbringung neuer inhaltlicher Aspekte ist in diesem Stadium der Zug in der Regel schon längst abgefahren. Der Realität entsprechend ist jedoch sicherlich die Feststellung, daß für die Sozialpartner nach wie vor die nationale Regierung und deren Positionierung im Rat einen zentralen Ansatzpunkt für ihre Mitgestaltung der Politik darstellen.

Im Teil IV („Ausblick: Sozialpartnerschaft – ein Muster der Interessenpolitik von Dauer?“) werden – in vollem Bewußtsein der damit verbundenen Unsicherheiten und Unwägbarkeiten – drei alternative Zukunftsszenarien dargestellt. Hier sollen nur die Ergebnisse der drei detailliert entwickelten Szenarien sowie deren Bewertung durch die Autoren wiedergegeben werden. Szenario 1 („verschränkte negative Dynamik“), nach dem durch national und international wirkende Kräfte (steigender Wettbewerbsdruck, Konflikte um Verteilung und Budget, Erosion des Normalarbeitszeitverhältnisses, sinkende politische Akzeptanz . . .) die wesentlichen Funktionsgrundlagen der Sozialpartnerschaft aufgeweicht werden bzw. ganz wegfallen, so daß praktisch deren Ende eingeleitet wird, wird von den Autoren zumindest mittelfristig ausgeschlossen. Ebenso als unwahrscheinlich wird Szenario 2 („verschränkte positive Dynamik“) eingeschätzt, in dem es in Österreich zur

Lösung der wesentlichen anstehenden Probleme unter voller Einbindung der Sozialpartner kommt, auf europäischer Ebene zur Etablierung einer makroökonomischen Steuerungskompetenz und zu einer Stärkung der Interessenverbände, sowohl auf europäischer Ebene als auch in den anderen Mitgliedstaaten.

So bleibt den Autoren – nicht wirklich überraschend – Szenario 3 („Parallelität und Gegenläufigkeit nationaler und europäischer Wandlungsprozesse“) als goldener Mittelweg (oder geradezu als Kompromiß im besten sozialpartnerschaftlichen Stil?) zwischen den beiden Extremen: wirtschaftliche und soziale Veränderungen verstärken zwar die Partikularisierung von Interessen und verschlechtern somit die Ausgangsbedingungen für eine korporatistische Interessenpolitik. Aber die Regierung erkennt den Nutzen, den sie direkt und Österreich insgesamt aus der Einbindung der Sozialpartner erzielen kann, und greift auf deren Problemlösungskompetenz zurück. In Österreich bleibt die politische Makroebene dominant, während auf der Gemeinschaftsebene, wo keine parallele Entwicklung wahrscheinlich ist, die Mesoebene bestimmend sein wird. Die Sozialpartnerschaft besteht in diesem Szenario – wenn auch mit wesentlichen Modifikationen – fort; sie wird sich auf wesentliche Kernbereiche (insbesondere Einkommens-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik) beschränken und den von F. Traxler in der Fachliteratur schon vielfach dargelegten Wandel vom Nachfrage- zum Angebotskorporatismus vollziehen.

Abgerundet wird das Buch durch einen ausführlichen Anhang, in dem themenrelevante Dokumente im Originaltext nachzulesen sind, sowie durch eine umfangreiche Literaturliste. Zu dieser muß allerdings bemerkt werden, daß sie zwar für Wirtschaftshistoriker interessante jahrzehntealte Schriften über die Paritätische Kom-

mission enthält, in denen ausführlichst Vorgänge beschrieben werden, die für die Gegenwart und Zukunft der Sozialpartnerschaft irrelevant sind (z. B. Preisregelung im Preisunterausschuß). Andererseits fehlt aktuelle Literatur, die genau die im vorliegenden Buch analysierten Fragen behandelt, wie etwa die weiter oben zitierte Schrift von P. Gerlich („Interessensysteme und Politik“), das von M. Mesch herausgegebene Buch „Sozialpartnerschaft und Arbeitsbeziehungen in Europa“, Wien 1995 (aus dem nur zwei Beiträge einzeln in die Literaturliste aufgenommen wurden), welches die These untermauert, daß die EU-Mitgliedschaft nicht zwingend zu einer Konvergenz der Systeme der Arbeitsbeziehungen führen muß, oder die vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen publizierte Broschüre „Der österreichische Weg“ (Wien 1995), welche die Einbettung der Sozialpartnerschaft in das politische System Österreichs anhand ihres aktuellen Standes darstellt.

Das Buch bietet insgesamt einen hervorragenden, gut recherchierten und umfassenden Überblick über die vielfältigen Aspekte der Mitgestaltung der Politik durch die Sozialpartner nach dem Beitritt Österreichs zur EU. Dennoch seien dem Rezensenten einige kritische Anmerkungen, zuerst generell, dann zu einzelnen Detailpunkten und Argumenten, gestattet. Die meisten davon betreffen nicht nur das vorliegende Buch von Karlhofer und Tálos, sondern die Analyse der Sozialpartnerschaft aus der Sicht der Politikwissenschaft ganz generell.

Ein informelles, da auf freiwilligen Vereinbarungen beruhendes, vieldimensionales Kooperationsystem wie die österreichische Sozialpartnerschaft, in der noch dazu vieles nicht im noch eher faßbaren institutionellen Gerüst der Paritätischen Kommission abläuft, ist mit den vorhandenen Methoden der Wissenschaft nur schwer darstell- und erklärbar. Damit sind

diese Analysen zwei Arten von Gefahren ausgesetzt: einerseits der Versteinigung von Argumenten, die solange wiederholt werden, bis sie sich verselbständigen, ohne in der Folge genauer hinterfragt zu werden; andererseits scheint es der die Sozialpartnerschaft analysierenden Wissenschaft nicht so ganz zu gelingen, sich zeitgeistigen, kurzfristigen Modetrends zu entziehen, wie das folgende Beispiel zeigen soll.

So erscheint es sachlich kaum begründbar zu sein, daß die Autoren vielfach, wenn von der gegenwärtigen und zukünftigen Funktionsfähigkeit der Sozialpartnerschaft die Rede ist, das Wort „noch“ (zumeist in Klammer) davor setzen (Beispiele dazu etwa auf S. 9, 39, 49), wodurch sie sich dem Verdacht einer etwas opportunistischen Absicherung aussetzen. Was soll diese permanente Unkerei, wenn doch am Ende des Buches die Autoren im von ihnen als am wahrscheinlichsten eingeschätzten Szenario vom grundsätzlichen Weiterbestehen der Sozialpartnerschaft ausgehen?

Nun wurde das Buch sicher gerade in einer Phase verfaßt, als nach Ereignissen wie „Haider-Taferl“, AK- und Nationalratswahl 1994, Kammerdebatte und Sparpaket 1995 das „Sozialpartnerprügeln“ (von höchster Stelle abwärts) Hochkonjunktur hatte. „Das Sparpaket vom Frühjahr 1995 ist Beleg dafür, daß die Regierungsparteien auch ohne Einbindung der Interessenorganisationen Entscheidungen treffen“ (S. 46), so belegen die Autoren u. a. den Bedeutungsverlust der Sozialpartner. Ein Jahr später scheint sich nach einer Reihe von Ereignissen (Ersuchen der Bundesregierung an die Sozialpartner, ein Budgetsanierungskonzept zu erstellen, Nationalratswahlresultat 1995, Einbindung der Sozialpartner in Budgeterstellung für 1996 und 1997, Ergebnisse der Mitgliederbefragungen . . .) die Lage wieder geändert zu haben.

Zur Klarstellung: Hier soll weder an der autonomen Handlungsfähigkeit

der Regierung gezweifelt werden, noch sollen die Veränderungen im ökonomischen und gesellschaftlichen Umfeld, welche die traditionelle Interessenkonzentrierung in tendenziell steigendem Maße erschweren, in ihrer Bedeutung geschmälert werden. Hier soll nur davor gewarnt werden, daß sich die wissenschaftliche Analyse zu sehr an kurzfristigen und gelegentlich kurzlebigen Modeströmungen orientiert. Ähnliches trifft übrigens auf die Passage zu, wo die „Europa-Stellungnahme“ des ÖAKT zitiert wird, in welcher die AK die Ansicht vertrat, daß auch eine einnahmenseitige Deckung der Budget-Belastungen notwendig sei. Die Autoren meinen dazu: „Die konfliktreich diskutierten budgetpolitischen Strategien sprechen allerdings eine andere Sprache.“ (S. 60). Auch in diesem Fall erweist sich der Kommentar bereits nach einem weiteren halben Jahr als verzichtbar.

Doch nun zu einigen in der Auseinandersetzung mit der Sozialpartnerschaft, und auch im vorliegenden Band, oft auftauchenden Schlagworten wie *Privilegierung*, *Legitimations- und Demokratiedefizit*, *Intransparenz etc.*, die zwar nicht grundsätzlich völlig an den Haaren herbeigezogen sein mögen, die aber als Elemente des eisernen Bestandes an Argumenten vielfach etwas zu undifferenziert über die Jahrzehnte fortgeschrieben werden. Die Notwendigkeit einer etwas differenzierteren Betrachtung wird von den Autoren allerdings nicht erkannt; denn sie gehen davon aus, daß es „... unter Sozialwissenschaftlern/innen als unumstritten (gilt), daß vor allem die Kammern mit einem nahezu schon chronisch gewordenen Legitimationsdefizit konfrontiert sind“ (S. 43). Als Beleg dafür werden Umfrageergebnisse zitiert, die – zugegebenermaßen noch vor Abschluß der Runde der Mitgliederbefragungen in den Kammern – negative Ergebnisse gelegentlich mit Fragestellungen à la „Würden Sie gerne weniger Steuern zahlen?“ provozierten.

„Politische Privilegierung der Sozialpartner durch Monopolstellung“ – dieser immer wiederkehrende Begriff (z. B. Seiten 24, 25, 26, 161) ist insofern mißverständlich, da er leicht als unge-rechtfertigte Bevorzugung im Prozeß der politischen Willensbildung interpretiert werden kann. Es ist wesentlicher Bestandteil des österreichischen politischen Systems, daß per Gesetz eine Vielzahl von Kammern die Interessen der zur Entstehung des BIP beitragenden Bevölkerungsgruppen vertritt. Durch die umfassende gesetzliche Mitgliedschaft werden somit auch die „Kleinen und Schwachen“ vertreten. *Alle* Kammern haben das Recht zur Gesetzesbegutachtung (Zitat von S. 141: „De facto sind es allerdings mehr als hundert Institutionen, denen zwecks Stellungnahme einschlägige Vorlagen aus den Fachressorts zugesandt werden!“). Die Leitungsorgane werden demokratisch gewählt, es gibt zahlreiche interne und externe Kontrollinstanzen. Kammern entsprechen damit in erstaunlicher Weise dem so modern gewordenen Prinzip der Subsidiarität („Nebenprodukt“: schlanker Staat!). Die entscheidende Frage ist somit: Wäre die Alternative, nämlich ein Lobby-System, in dem nur die wirtschaftlich Starken das Sagen haben, tatsächlich demokratischer?

Es fällt schwer, es als Privileg oder gar undemokratisch anzusehen, wenn eine Regierung versucht, große Teile der Bevölkerung in ihre Entscheidungsfindung einzubinden, um somit eine größtmögliche Akzeptanz ihrer Entscheidungen abzusichern (davon hängt schließlich auch die Wahrscheinlichkeit ihrer Wiederwahl nicht unwesentlich ab – und die parlamentarische Demokratie soll ja wohl doch nicht zur Disposition gestellt werden). Das Verhalten der großen gesellschaftlichen Gruppen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestimmt nun einmal wesentlich die wirtschaftliche Zukunft eines Landes und damit natürlich auch die Entwicklung der Staatsfi-

nancen sowie die Finanzierung von Sozialleistungen für andere Gruppen. Sie sind somit als erste Ansprech-Adresse prädestiniert; dies insbesondere dann, wenn durch die gesetzliche Mitgliedschaft in ihren Verbänden gewährleistet ist, daß diese nach Findung eines internen Interessenausgleichs mit einer Stimme sprechen, und daß sie daher in kritischen Situationen schwierige und unpopuläre, aber notwendige Maßnahmen zur langfristigen Sicherung des Wohlstandes aller mittragen können. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es nur sinnvoll und logisch, daß die Regierung – bei formaler Gleichberechtigung aller Kammern – einen Konsens eher mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen sucht als mit der Dentisten- oder der Tierärztekammer.

Ähnlich verunglückt ist der Gebrauch des Wortes „Privilegierung“ bei der Beschreibung des Sachverhalts, daß der Großteil der österreichischen Mitglieder im Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG den großen Dachverbänden nahestehen (vgl. S. 161). Wenn es Sinn und Zweck des WSA ist, daß die gesellschaftlichen Gruppen eines Landes möglichst umfassend vertreten sind, so ist es nur logisch, Vertreter der mitgliedsstärksten Verbände zu nominieren. Ist es „Privilegierung“, wenn die stimmenstärkste Partei die meisten Sitze im Nationalrat erhält? Hätte die Regierung im Sinne eines „Privilegienabbaus“ eher einen Vertreter des Kleintierzüchterverbandes anstatt des Vereines ÖGB nominieren sollen?

Auch die *Transparenzfrage* ist bei näherer Betrachtung nicht ganz einfach zu interpretieren und zu bewerten. Neben dem geregelten Beschlußverfahren in einzelnen Verbänden und neben den sozialpartnerschaftlichen Gremien läuft eine Vielzahl „informeller Interaktionen“ (S. 143) zwischen Interessenvertretungen und Politik, die quantitativ und qualitativ nicht erfaßbar sind, da es

dafür kein „ritualisiertes“ *Procedere*“ (S. 145) gibt. „Die diesbezüglich einschlägigen Medien sind Telefongespräche, Fax, Gespräche bei diversen Sitzungen usw.“ (S. 144). Das Unbehagen des Forschers darüber mag verständlich sein. Aber auch jeder Parlamentsabgeordnete oder sonstige politische Mandatar versucht, sich Informationen von möglichst kompetenten Quellen zu holen – sei es von Verbänden oder Einzelpersonen, von seinem Steuerberater, betroffenen Stammischi-freunden usw. Demokratiepolitische Bedenken oder ein Mangel an Transparenz wird in diesem Zusammenhang weit seltener geäußert, als wenn es um den Einfluß der Interessenverbände geht.

Bestandteil des gesicherten Wissens der Sozialwissenschaft und daher nicht differenzierter zu betrachten ist offensichtlich aus der Sicht der Autoren auch der gebetsmühlenartig reproduzierte, für die *Frauen* in diesem Lande angeblich verhängnisvolle Einfluß des Machtkartells der männerdominierten Sozialpartner. „Daß realiter allerdings nicht alle Mitgliedergruppen in gleicher Weise besser gestellt wurden, zeigt sich eindrucklich an den seit Jahrzehnten unveränderten gravierenden Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen ebenso wie an der Benachteiligung von Frauen im Bereich sozialer Sicherung“ (S. 25). Dazu nur drei kurze Bemerkungen:

Erstens ließe sich spitzfindig ein sprachlicher Widerspruch in der Feststellung identifizieren, daß die Gruppe der Männer im Zeitablauf besser gestellt wurde, wobei aber gleichzeitig „unveränderte Einkommensunterschiede“ konstatiert werden. Doch – jenseits des Zynismus – es ist offenkundig, daß Frauen in vielen Bereichen in Wirtschaft und Gesellschaft (gemeint ist dabei nicht die vorliegende Zeitschrift) unterprivilegiert sind. Aber: *zweitens* – ist dafür wirklich die Sozialpartnerschaft zur Verantwor-

tung zu ziehen? Bei all ihrem tatsächlichen oder vermuteten Einfluß kann auch diese nicht alle tradierten gesellschaftlichen Denk-, Erziehungs- und Verhaltensmuster per Sozialpartnerübereinkommen abschaffen. Was sie tun kann, und worum sich insbesondere die Arbeitnehmervertretungen auch ständig bemühen, ist es beispielsweise, untere Lohngruppen stärker anzuheben oder aufzulassen, besonderer Ausbeutung durch atypische Arbeitsverhältnisse entgegenzutreten etc. Daher – *drittens* – die Gegenthese des Rezensenten: ein Blick auf die Einkommensdisparitäten (und deren Entwicklung) in Ländern ohne ausgeprägte korporatistische Strukturen (Bsp.: USA, Großbritannien) läßt den Schluß zu, daß – vorsichtig ausgedrückt – die Lage der Frauen ohne Sozialpartnerschaft in Österreich nicht unbedingt eine dramatisch bessere wäre.

Der Anteil der voranstehenden kritischen Bemerkungen an der Rezension ist – aufgrund ihrer eher generellen Natur – in Relation zur Bedeutung des Buches etwas überproportioniert. Deshalb soll nochmals betont werden, daß es Karhofer und Tálos gut gelungen ist, ein enorm komplexes und facettenreiches Thema in umfassender und systematischer Form darzustellen. Speziell einzelne Passagen, in welchen Wertungen oder Spekulationen über mögliche Entwicklungen vorgenommen werden, sind dabei naturgemäß nicht dem gesicherten Wissen zuzuzählen, vielmehr können sie Anlaß für weitere Diskussionen geben.

Ebenfalls in der Natur der Sache liegt es, daß einige Vorgänge in der Realität möglicherweise bald anders ablaufen werden, als im Buch beschrieben. Denn im ersten EU-Jahr war Österreich (auf allen Ebenen) vor allem damit beschäftigt, den Rechtsbestand der EU sowie Materien aufzuarbeiten, die bereits vor dem Beitritt Österreichs angegangen worden waren. Aber die Zeit des Reagierens mußte langsam vorbei sein – nun ist es

höchste Zeit, daß Österreich beginnt, sich klar zu profilieren, Themen zu besetzen und offensiv voranzutreiben. Dazu ist aber auch noch eine deutliche Verbesserung der Koordination der verschiedensten nationalen Politikerebenen und auch einzelner handelnder Personen notwendig. Die Bewährung der sozialpartnerschaftlichen Einkommenspolitik nach Einführung der Einheitswährung wird ein ergänzendes Kapitel wert sein, geht doch die allgemeine Einschätzung von einem Standortvorteil Österreichs durch die langjährige Praxis der gesamtwirtschaftlichen Orientierung und der fixen DM-Bindung des Schilling aus. Eine nächste, überarbeitete Auflage kann daher mit Spannung erwartet werden.

Daß die Aufgaben, die auf die Sozialpartner(schaft) zukommen, nicht kleiner werden, ist evident. Es ist auch durchaus möglich, daß die Differenzen zwischen den Sozialpartnern hinsichtlich aktueller Fragen größer geworden sind (vgl. S. 42). Dies muß aber die Funktionsfähigkeit der Sozialpartnerschaft nicht notwendigerweise negativ beeinflussen. Denn es ist ein weit verbreitetes Mißverständnis, daß Sozialpartnerschaft bedeute, gemeinsame Interessen (möglicherweise auf Kosten Dritter) durchzusetzen. Im Gegenteil: Sozialpartnerschaft ist gerade darauf begründet, daß erhebliche Interessen („Klassen“-)gegensätze bestehen. Sie bezeichnet vielmehr den Stil, wie diese kooperativ anstatt durch für alle schmerzvolle offene Konfliktaustragung bewältigt werden können. Diese Methode mußte sich in der bisher rund vierzigjährigen Geschichte der österreichischen Sozialpartnerschaft laufend unter sich ändernden Rahmenbedingungen bewähren. Der (dem Krankjammern im Text widersprechenden) Schlußfolgerung der Autoren, die Sozialpartnerschaft werde vermutlich doch – wenn auch modifiziert – weiterbestehen, kann daher nur schwer widersprochen werden.

Thomas Delapina